

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Kapitalismus am Ende

Systemwechsel jetzt

Die Anzeichen sind dramatisch:

- 2013 erreicht die Staatsverschuldung ca. 80% des BIP !!
- In der Steiermark heuer Arbeitslosenanstieg +37% !!
- Von Beschäftigten wird 'freiwilliger' Lohnverzicht erpresst !!
- Von Förderung für Gewerbe und Kleinindustrie keine Spur !!

Wenn das so weitergeht droht 2013 der Staatsbankrott und eine Geldentwertung

Das finanzielle Dilemma der Pensions- und Krankenkassen, Personal- und Geldnot bei Justiz und im Bildungsbereich, Finanzierungsprobleme im Bereich Post und Bahn sind mit den aktuellen Steuereinnahmen nicht mehr zu finanzieren.

Außerdem stellt die Regierung angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise 100 Mrd. Euro zur Rettung von Banken und Unternehmen bereit.

Für die arbeitende Bevölkerung droht Kurzarbeit, Lohnverzicht, Arbeitsplatzverlust...

Aber: Noch sind wir als Staat nicht 'pleite' – noch können wir versuchen auf die Regierenden einzuwirken Maßnahmen zu treffen, die die Kaufkraft stabilisieren, nachhaltige Unternehmungen fördern, Lehr- und Ausbildungsplätze schaffen und auch für Spielraum im Budget sorgen.

Daher: Wir müssen von den Systemgewinnern ihren Solidaritätsbeitrag einfordern!

- ➔ Transaktionssteuer auf alle Finanztitel 0,1% **SOFORT**
- ➔ Eine Vermögenssteuer (ab ca. 300.000.- Euro) (1) **SOFORT**
- ➔ Abschaffung der Höchstbemessungsgrundlage **SOFORT**
- ➔ Wiedereinführung der Erbschaftssteuer **SOFORT**
- ➔ Stopp und Rücknahme der Privatisierungen **SOFORT**

Mit einer 'anspruchsvollen' Steuerreform, die laut WIFO (2) ca 5 Mrd Euro kosten würde, wären obige Ziele und zusätzlich die Korrektur der 'kalten Progression' für Lohn und Einkommenssteuer-Empfänger und eine Ökologisierung des Steuersystems machbar.

(1) Konzept für eine einheitliche Besteuerung der Vermögen in Österreich. Stephan Schulmeister, 2007.

(2) Ziele und Optionen der Steuerreform. Plädoyer für einen anspruchsvollen Ansatz. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Oktober 2008

Wenn in 'OÖ-Heute' am 1.5.09 von Minister Mitterlehner (ÖVP) gesagt wurde, neue Steuern seien nur in einer Hochkonjunktur möglich, dann grenzt das an Verhöhnung der Normalbürger, da gerade zu diesen Zeiten, die Steuern für die Kapitalisten abgeschafft wurden! Das heißt nichts anderes, als 'keine Steuern für Reiche' – weil in der Konjunktur werden sie gesenkt und in der Krise dürfen sie nicht erhöht werden!

Außerdem brauchen wir zur Standortsicherung:

- Errichtung von staatlichen Ausbildungsstätten in den Zukunftstechnologien
- Verpflichtung der Groß- und Mittelbetriebe zur Aufnahme von Lehrlingen
- Verpflichtung für Groß- und Mittelbetriebe zum Betrieb von Lehrwerkstätten
- Verpflichtung der Industrie für PraktikantInnenstellen
- Investition in das öffentliche Forschungs- und Bildungswesen!
- Ausbau der kommunalen Betriebe!

Unterschreibe auch Du die Vermögenssteuerunterschriftenliste (online) auf: